



iran-report

Nr. 08/2007

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Neue Spionage-Netze aufgedeckt - 20 Festnahmen / Reformzeitung verboten / Kritische Nachrichtenagentur verboten / Iranische Führung sieht Putschgelüste in der Presse / P.E.N. protestiert gegen Repressionen in Iran / Fernsehen zeigt Videoaufnahmen von festgehaltenen US-Staatsbürgern iranischer Abstammung / Amnesty fordert Verbot von Hinrichtung Minderjähriger in Iran / Zwölf Hinrichtungen wegen Vergewaltigung und Drogenschmuggel / Proteste gegen Steinigung eines Mannes wegen Ehebruchs / Bomben auf kurdische Rebellen / Islamisten präsentieren Computerspiel / Erstes Gastspiel eines westlichen Orchesters in Iran / Umfrage: Mehrheit in Iran bereit, zugunsten der Beziehungen zu den USA auf Nuklearprogramm zu verzichten

II. Wirtschaft

USA gegen türkisch-iranisches Gasabkommen / USA setzen weitere iranische Firmen auf die schwarze Liste / Staatsanwalt ermittelt wegen Nuklearlieferungen für Iran / Iran stellt eigene Zentrifugen für Urananreicherung her / Satellitenbilder zeigen Tunnelbau an iranischer Atomanlage / Wegen Benzinmangels: Produktion reiner Benzinautos wird eingestellt

III. Außenpolitik

Kein Durchbruch beim Treffen von USA und Iran in Bagdad / USA schicken dritten Flugzeugträger in die Golfregion / IAEA: Klärung im Plutonium-Streit / Neue Sanktionen gegen Iran nicht vor September / Ahmadinedschad in Damaskus / US-Senat wirft Iran Mitschuld am Tod von US-Soldaten im Irak vor / Ahmadinedschad schenkt der irakischen Regierung ein Flugzeug / Neuer britischer Außenminister warnt Iran vor atomarer Rüstung / Irakische Al-Kaida-Gruppe droht Iranern "brutalen Krieg" an / USA lassen Vertreter Teherans zu iranischen Gefangenen im Irak



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 09/2007 Anfang September) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im August 2007

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

6. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Neue Spionage-Netze aufgedeckt - 20 Festnahmen

Die iranischen Behörden haben nach eigenen Angaben fünf ausländische Spionage-Netze aufgedeckt und dabei 20 mutmaßliche Spione festgenommen. Die Gruppen sollen mit ausländischen Geheimdiensten zusammengearbeitet haben, berichtete die Agentur Fars am 9. Juli unter Berufung auf den iranischen Geheimdienstchef in Kermanschah. Nähere Angaben wurden wegen der laufenden Ermittlungen nicht gemacht. Erst im Mai wurden in verschiedenen Landesteilen Irans mehrere angebliche ausländische Spione festgenommen - überwiegend US-Staatsbürger iranischer Abstammung. Sie sollen amerikanische Geheimdienste mit Informationen beliefert haben. (s. S. 4/5 in diesem Bericht)

Reformzeitung verboten

Eine erst seit kurzem erscheinende Zeitung reformfreundlicher Kräfte wurde nach Angaben ihres Herausgebers am 3. Juli verboten. „Sie wird von morgen an nicht mehr erscheinen“, sagte der Chef der Zeitung „Ham Mihan“, Gholamhossein Karbastschi. Das Blatt war seit Mai Nachfolgetitel einer Zeitung, die im Jahr 2000 zusammen mit Dutzenden weiterer Reform-Publikationen verboten worden war. Als Grund für das neue Verbot gab Karbastschi rechtliche Probleme im Zusammenhang mit dem Neustart an, nannte aber keine Details. Ob die Zeitung künftig wieder erscheinen könne, werde von der Justiz abhängen.

Seit dem Jahr 2000 haben die iranische Justiz und die staatliche Presseaufsicht mehr als 100 Publikationen verboten. Die Gründung von „Ham Mihan“ war zusammen mit dem Wiedererscheinen des 2006 geschlossenen Blatts „Schargh“ ebenfalls im Mai als Zeichen für einen vorsichtigen Aufwind für regierungskritische Organe interpretiert worden.

Kritische Nachrichtenagentur verboten

Die iranische Justiz hat eine den Kritikern von Präsident Ahmadinedschad nahestehende Nachrichtenagentur verboten. Es habe mehrere Beschwerden über die Berichterstattung der Agentur ILNA

gegeben, berichtete die Nachrichtenagentur Mehr ohne Details zu nennen. Zeitungsverbote werden in Iran gewöhnlich mit der Begründung ausgesprochen, Mitglieder der Staatsführung beleidigt, falsche Informationen verbreitet oder auch Staatsgeheimnisse veröffentlicht zu haben.

Iranische Führung sieht Putschgelüste in der Presse

Irans Regierung hat einem Medienbericht zufolge Journalisten der Islamischen Republik Unterstützung für einen angeblich geplanten Putsch vorgeworfen. „Es gibt einige Anzeichen eines schleichenden Staatsstreichs in der Presse“, zitierte die Nachrichtenagentur ISNA am 8. Juli Kulturminister Mohammad Hossein Saffar-Harandi.

Dieser Vorwurf dient als Vorwand, um Repressionen gegen die kritische Presse zu verstärken und kritische Journalisten zum Schweigen und zur Selbstzensur zu zwingen.

P.E.N. protestiert gegen Repressionen in Iran

Der internationale Schriftstellerverband P.E.N. hat auf seinem letzten Kongress vom 4. bis 11. Juli in Senegal das Vorgehen gegen Andersdenkende in Iran scharf verurteilt. Der Verband kritisiert, dass die Ermittlungen zum Mord an der iranisch-kanadischen Fotoreporterin Zahra Kazemi sowie zu den Kettenmorden Ende der neunziger Jahre an Schriftstellern und Intellektuellen nicht ernsthaft fortgesetzt worden seien.

Besorgt zeigt sich der Verband darüber, dass der Wirtschaftsjournalist Ali Farahbachschi am 26. März wegen angeblicher Spionage zu drei Jahren Gefängnis und der kurdische Journalist Kaweh Djawanmard am 17. Mai zu zwei Jahren verurteilt wurden. Die kurdischen Kulturschaffenden Adnan Hassanpur und die aserbaidyschischen Journalisten Said Matinpur und Abbas Lesani werden seit längerer Zeit festgehalten. Die beiden kurdischen Journalisten Adjlal Ghawami und Said Saedi wurden am 9. Juni zu drei bzw. zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Seit fünf Jahren verhindern die iranischen Sicherheitskräfte, dass der Ver-

band Iranischer Schriftsteller seine öffentlichen Versammlungen abhält und seinen Vorstand wählt.

Die Zensurbehörde hat die Veröffentlichung von hunderten von neuen Büchern und Neuauflagen bereits veröffentlichter Bücher verboten. Die Zensur richtet sich auch gegen unabhängige Verlage. Auch einige Filme wurden verboten. Zahlreiche regierungsunabhängige Organisationen wurden zur Aufgabe ihrer Aktivitäten gezwungen.

Einige Schriftsteller, Journalisten und Andersdenkende wurden in der Untersuchungshaft im Beisein des Untersuchungsrichters gefoltert. Sie mussten Wochen in Einzelhaft verbringen.

Im Vergleich zu anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens ist die Zahl der inhaftierten Journalisten in Iran am höchsten. Ihre Rechte werden missachtet, sie erhalten keinen Rechtsbeistand und keine medizinische Versorgung.

In Iran werden Journalisten zunehmend daran gehindert, mit dem Ausland Kontakt aufzunehmen oder ins Ausland zu reisen. Rückkehrende, die sich zur Ausbildung im Ausland aufgehalten haben, werden Repressionen ausgesetzt.

Frauenrechtlerinnen und Journalistinnen werden willkürlich in Haft genommen, gegen mindestens acht von ihnen wird unter unhaltbaren Beschuldigungen ermittelt. Zu diesen Frauen zählen Schadi Sadr, Mahbubeh Abbsgholizadeh, Jila Baniyaghub und Nahid Keschawarz. Die Frauen Nuschin, Ahmadi Chorasani, Parvin Ardalan, Susan Tahmasebi und Fariba Dawudi Mohadjer wurden bereits verurteilt.

Die Justiz hat im vergangenen Jahr zahlreiche unabhängige Zeitungen, mehr als 30 Regionalzeitungen und mehrere Studentenzeitungen verboten. Zahlreiche Journalisten und Intellektuelle werden zurzeit gerichtlich verfolgt.

Internetseiten und Netzzeitungen wurden massiv gefiltert, mehrere Weblogger unter Druck gesetzt. Weblogger Arasch Sigartschi wurde zunächst zu 14 Jahren Haft verurteilt. Im Februar 2005 wurde das Urteil auf drei Jahre reduziert.

Bei der Teheraner Buchmesse vom 1. bis 12. März wurden nur regierungstreue Verlage zugelassen. Ferner wurden aus-

ländische von inländischen Verlegern getrennt, so dass deren Kontakte miteinander erheblich erschwert wurden.

Iranische Ethnien wie Kurden, Belutschen, Azaris, Araber werden an der Pflege ihrer Sprache und Kultur gehindert.

Angesichts dieser Tatsachen fordert der P.E.N. die iranische Regierung auf: Alle politischen Häftlinge, darunter Siamak Pursand und Ali Farahbachsch, die verurteilt wurden, weil sie von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht haben, sofort frei zu lassen.

Das Presserecht, das Strafrecht und die staatliche Zensur zu ändern und alle Behinderungen der freien Meinungsäußerung zu beseitigen.

Die Justiz und die Geheimdienste sollen dazu verpflichtet werden, sich bei Gerichtsverhandlungen sowie bei den Ermittlungen an internationale Normen zu halten. Diejenigen, die den Auftrag zur Ermordung von Zahra Kazemi erteilt haben, sollen ihre gerechte Strafe bekommen.

Alle Verbote von Zeitungen und Zeitschriften sollen sofort aufgehoben und Filterungen von Internetseiten eingestellt werden.

Sämtliche geheimen Gefängnisse sollen für internationale Beobachter zugänglich gemacht werden. Schriftsteller und Journalisten sollen das uneingeschränkte Recht zur Versammlung erhalten und sich organisieren dürfen.

Die uneingeschränkte Freiheit der Meinungsäußerung soll gesichert werden.

Fernsehen zeigt Videoaufnahmen von festgehaltenen US-Staatsbürgern iranischer Abstammung

Das iranische Fernsehen hat nach dreitägiger Ankündigung am 16. Juli Videoaufnahmen von zwei in Iran wegen Spionagevorwürfen festgehaltenen US-Bürgern iranischer Abstammung gezeigt. Die Direktorin des Nahost-Programms des Woodrow Wilson Centers in Washington, Haleh Esfandiari, sagte in einer Aufnahme, sie sei in Entwicklungen verwickelt gewesen, die zur politischen Veränderungen in Georgien geführt hätten. Der Soziologe Kian Taj-

bachsch vom Open Society Institute sagte auf einem anderen Video, der Finanzier George Soros arbeite gegen die islamische Welt. Auf welchen Kontext sich ihre Aussagen bezogen, war nicht klar. Beide Wissenschaftler räumten angeblich ein, auf einen Regimewechsel in ihrem Heimatland hingearbeitet zu haben. Beide waren im Mai an unterschiedlichen Orten festgenommen worden.

Einem dritten festgehaltenen US-Bürger iranischer Abstammung, dem Friedensaktivisten Ali Shakeri von der Universität von Kalifornien, wird ebenfalls Spionage vorgeworfen. Die vierte Beschuldigte, eine Mitarbeiterin des persischen Dienstes des von den USA finanzierten Senders Radio Free Europe, Parnaz Azima, ist wieder freigelassen worden, darf das Land aber nicht verlassen.

US-Experten hielten die vermeintlichen Geständnisse für erzwungen und damit wertlos. Die US-Regierung hat wiederholt die Freilassung der inhaftierten Exil-Iraner gefordert. Die iranische Führung verdächtigt die USA, mit Hilfe von exilierten iranischen Intellektuellen und Wissenschaftlern einen Regimewechsel im Land erreichen zu wollen.

Auch in Iran selbst stieß die „Fernseh-Show“ auf heftigen Widerspruch. Selbst aus konservativen Kreisen kam der Vorwurf, erstens seien die Äußerungen der Wissenschaftler keine Geständnisse gewesen, denn die beiden hätten lediglich beschrieben, was sie beruflich tun, nämlich die iranische Gesellschaft zu analysieren und zu Wissenschaftlern und Intellektuellen des Landes Kontakt aufzunehmen. Dies sei völlig normal. Zweitens sei die Sendung im Grunde eine Vorverurteilung gewesen, denn die Justiz habe sich bislang zu den Fällen nicht geäußert. Schließlich sei die Show eher ein Eigentor gewesen. Denn ein Land, das vor ein paar Wissenschaftlern Angst habe und befürchte, sie könnten eine „sanfte Revolution“ in die Wege leiten, müsse sich äußerst schwach fühlen.

Das Außenministerium in Teheran wies Medienspekulationen zurück, die Vorwürfe könnten mit der iranischen Forderung zusammenhängen, fünf im Irak inhaftierte Iraner freizulassen.

Amnesty fordert Verbot von Hinrichtungen Minderjähriger in Iran

Mit einer Mahnwache auf dem Potsdamer Platz in Berlin hat Amnesty International am 24. Juli seine Forderung nach Abschaffung von Hinrichtungen Minderjähriger bekräftigt. Anlass war die Verurteilung des Iraners Sina Paymard zum Tode durch den Strang, weil er im Alter von 16 Jahren einen Drogenhändler im Streit getötet hatte, teilte die Menschenrechtsorganisation mit.

Iran sei einer der wenigen Staaten, die weiterhin jugendliche Straftäter zum Tode verurteilen und auch hinrichten. Damit verstoße das Land gegen die UN-Kinderkonvention, die auch von Iran ratifiziert wurde und die die Hinrichtung von jugendlichen Straftätern verbiete. Dennoch säßen zurzeit in Iran mindestens 70 Menschen in Todeszellen, die zur Tatzeit minderjährig waren, kritisierte Amnesty. Mindestens zwei von ihnen seien in diesem Jahr bereits hingerichtet worden.

Zwölf Hinrichtungen wegen Vergewaltigung und Drogenschmuggel

Zwölf Menschen wurden am 22. Juli wegen Vergewaltigung, Entführung und Drogenschmuggels in der Hauptstadt Teheran gehängt. Es gehe um „mehrere Entführungen, Dutzende Vergewaltigungen sowie den Handel und Verkauf von Hunderten Kilogramm Drogen“, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Seit Jahresbeginn sind im Iran damit mindestens 137 Menschen hingerichtet worden. Im Iran steht die Todesstrafe für eine ganze Reihe von Vergehen, darunter Verrat, Spionage, Mord, Drogenhandel, Vergewaltigung und Ehebruch.

Proteste gegen Steinigung eines Mannes wegen Ehebruchs

Die Steinigung eines wegen Ehebruchs zum Tode verurteilten Mannes hat im Westen heftige Proteste ausgelöst. Die UN-Menschenrechtskommissarin Louise Arbour erklärte am 10. Juli in Genf, sie sei sehr besorgt, dass die iranischen Behörden die Hinrichtung ungeachtet eines bestehenden Moratoriums vollstreckt hätten. Arbour forderte Teheran auf, die geplante Steinigung der ebenfalls zum Tode verurteilten Partnerin des Mannes, Mokarramerh Ebrahimi, zu stoppen. Norwegen be stellte aus Protest gegen die Steini-

gung den iranischen Botschafter ins Außenministerium in Oslo ein. Der norwegische Außenminister Jonas Gahr Støer verurteilte die „Inhumane und barbarische“ Hinrichtung „auf das Schärfste“.

In Deutschland erklärte die Grünen-Chefin Claudia Roth, die iranische Staatsführung stehe „in der Pflicht, die Zusagen der internationalen Gemeinschaft gegenüber einzuhalten, die besonders grausamen Strafen nicht mehr zu praktizieren und sie längerfristig abzuschaffen“.

Die iranischen Behörden hatten zuvor bestätigt, dass Djafar Kiani „kürzlich“ in der Nähe der Stadt Takestan in der nordwestlichen Provinz Ghazwin gesteinigt worden sei. Nach Angaben von Menschenrechtsgruppen war er vor elf Jahren wegen Verstoßes gegen das iranische Eherecht festgenommen worden. Kiani und Ebrahimi waren Berichten zufolge zu dem Zeitpunkt mit anderen Partnern verheiratet. Ebrahimi ist zusammen mit ihren beiden Kindern im Gefängnis der Stadt Ghazwin inhaftiert.

Bomben auf kurdische Rebellen

Iranische Streitkräfte haben am 12. Juli offenbar Stellungen kurdischer Rebellen im Nordirak bombardiert. Es sei in der Region Baschdar zu Kämpfen zwischen der iranischen Armee und Mitgliedern der iranischen Partei Pejak gekommen, sagte ein Bezirksbeamter der Nachrichtenagentur AFP. Dabei habe Iran Stellungen der Kurdenpartei nahe Sardul bombardiert. Ein Sprecher der kurdischen Peschmarga-Milizen bestätigte die Kämpfe. Die Pejak steht der verbotenen türkischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nahe.

Islamisten präsentieren Computerspiel

Islamistische Studenten haben ein neues Computerspiel präsentiert, in dem zwei iranische Atomwissenschaftler aus der US-Gefangenschaft befreit werden. Das Spiel „Rescue the Nuke Scientist“ (Rettet den Atomwissenschaftler) wurde von seinen Designern als Antwort auf das US-Spiel „Assault on Iran“ beschrieben. Darin wird ein amerikanischer Angriff auf eine iranische Atomanlage simuliert.

„Das ist unsere Antwort auf den kulturellen Angriff des Feindes“, sagte am 17. Juli laut AP ein Sprecher der Studentengruppe, Mohammad Taghi Fachrian. In „Rescue the Nuke Scientist“ nehmen US-Soldaten zwei Atomwissenschaftler während einer Pilgerreise ins irakische Kerbela fest. Der Spieler schlüpft in die Rolle der iranischen Sicherheitskräfte und muss die Gefangenen befreien, die nach Israel gebracht werden. Für ein erfolgreiches Ende der Operation muss der Spieler amerikanische und israelische Soldaten töten und ihre Laptops mit Geheiminformationen an sich bringen.

„Wir versuchen, in diesem Spiel die Idee der Verteidigung des Opfers und des Märtyrertums voranzubringen“, erklärte Fachrian. Das Spiel soll zunächst in Iran und anderen muslimischen Ländern vermarktet und später auch im Westen veröffentlicht werden. Die Entwicklung dauerte nach Angaben der Studenten drei Jahre.

Erstes Gastspiel eines westlichen Orchesters in Iran

Erstmals seit der islamischen Revolution 1979 wird Ende August ein westliches Orchester in Iran auftreten. Anlässlich des dritten Osnabrücker „Morgenland Festivals“ gibt das Osnabrücker Symphonie-Orchester am 29. und 30. August Gastspiele in Teheran, kündigte Festival-Leiter Michael Dreyer vor Journalisten an.

Zuvor werde vom 19. August an klassische und moderne Musik aus dem Nahen und Mittleren Osten auf verschiedenen Osnabrücker Bühnen zu hören sein, sagte Dreyer. Zu den Künstlern gehörten unter anderem „Die Derwische vom Goldenen Horn“ aus Istanbul, das Ensemble „Raz-o-Niaz“ aus Teheran und die Palästinenserin Rim Banna mit Band. Im Beiprogramm sollen Lesungen, Workshops und Ausstellungen Einblicke in die persische und arabische Kultur bieten. Höhepunkt des Festival-Programms in Osnabrück sei der Auftritt der „Cairo Opera Ballet Company“ zum Abschluss der Reihe am 2. September. Schirmherr des Festivals ist Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier.

Das Festival wolle ein differenziertes Bild vom Vorderen Orient präsentieren und Grundlagen für einen dauerhaften Dialog schaffen, betonte der Organisator. Er sei mehrere Male nach Teheran

gereist und habe zahlreiche Verhandlungen geführt, um das Gastspiel des Osnabrücker Orchesters vorzubereiten. Das Konzert solle an den erfolgreichen Auftritt des „Teheraner Symphonie Orchestra“ im vergangenen Jahr in Osnabrück anknüpfen. Trotz einiger Schwierigkeiten hoffe er, dass „solche kulturellen Austauschprojekte bald zur Normalität werden.“

Umfrage: Mehrheit in Iran bereit, zugunsten der Beziehungen zu den USA auf Nuklearprogramm zu verzichten

Einem Bericht der IPS vom 12. Juli zufolge ist eine neue Umfrage der in Washington ansässigen Gruppe „Terror Free Tomorrow“ (IFT) zu dem Ergebnis gekommen, dass die Mehrheit der Iraner bereit wäre, das umstrittene Nuklearprogramm für eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA und zu den anderen westlichen Staaten zu opfern.

Nach den nun veröffentlichten Ergebnissen der zwischen dem 5. und 8. Juni per Telefon durchgeführten Erhebung, an der 1000 iranische Bürger teilnahmen, würden 68 Prozent der Befragten auf die Entwicklung von Nuklearwaffen verzichten, wenn sich so die wirtschaftliche und politische Integration in die internationale Gemeinschaft erreichen ließe.

Es sprachen sich zwar 52 Prozent der Umfrageteilnehmer grundsätzlich für die Arbeit an Atomwaffen aus, Priorität gaben ihr aber nur 29 Prozent. Bis auf 17 Prozent sank die Unterstützung für die nukleare Bewaffnung, würde sie unter der Bedingung voller Inspektionen stattfinden oder ein Verzicht mit Hilfe für die Bereiche Wirtschaft, Technologie und Bildung belohnt werden.

„Unsere Umfrage belegt, dass die iranischen Bürger die verlässlichsten Alliierten der USA und des Westens gegen die Regierung in Teheran wären“, kommentierte in einem Beitrag für das „Wallstreet Journal“ Ken Ballen, der Präsident der TFT, zu deren Beratergruppe der US-amerikanische Senator John McCain von den Republikanern und der Demokrat Lee H. Hamilton gehören.

Auch Steven Kull, der Leiter des „Programm on International Policy Attitudes“ (PIPA) der Universität von Maryland, findet die Bereitschaft, mit der Iraner das Nuklearprogramm für eine

Normalisierung der Beziehungen zu den USA opfern würden, höchst erstaunlich. PIPA selbst hat im letzten Jahr eine Umfrage durchgeführt, die zeigt, dass die meisten Iraner wohl die Möglichkeit der Urananreicherung für sich fordern, aber auch die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags, der den Vertragsstaaten die Entwicklung von Atomwaffen untersagt.

Letztendlich belegen beide Erhebungen eine Unterstützung des Nuklearprogramms in der iranischen Bevölkerung, aber auch ein zumindest vorgetragenes Bekenntnis zur friedlichen Nutzung der Atomkraft.

Zu den weiteren Ergebnisse der jüngsten Umfrage gehören die Befürwortung der finanziellen Unterstützung der irakischen Schiiten durch Iran, für die sich 85 Prozent der Teilnehmer aussprachen, die von fast zwei Drittel bekräftigte Sympathie mit Hamas und Hisbollah und ein Einverständnis mit der Zweitstaatenlösung für Israel und Palästina, wenn sich dafür die Beziehungen Irans zu den USA normalisierten.

Zudem wurde Kritik an der Regierung von Mahmud Ahmadinedschad laut. So sagte 65 Prozent der Befragten, nach ihrer Auffassung habe der Staatspräsident sein Versprechen, die Öleinnahmen zum Wohl der Menschen einzusetzen, nicht eingelöst. Erst Ende Juni löste die Regierung in Teheran mit der Treibstoffrationierung für die private Nutzung massive Proteste aus und provozierte Angriffe auf Tankstellen, staatliche Banken und Geschäftszentren.

Auch Revolutionsführer Ali Chamenei scheint nicht mehr die volle Zustimmung der Bürger zu haben. So sprachen sich in der Umfrage 72 Prozent der Teilnehmer für die direkte und freie Wahl des zurzeit vom Expertenrat auf Lebenszeit gewählten Revolutionsführers aus. Kull warnte allerdings vor einer Überbewertung dieser Antworten: „Wir sollte in ihnen keine Ablehnung des Systems sehen.“

II. Wirtschaft
USA gegen türkisch-iranisches Gasabkommen

Zwei Tage nach der Unterzeichnung eines Abkommens auf dem Energiesektor zwischen Iran und der Türkei hat sich Washington dagegen ausgesprochen. Die Türkei und Iran hatten am 10. Juli ein Abkommen unterzeichnet, wonach Iran über die Türkei Gas nach Europa exportiert. Die Türkei wird sich an diesem Projekt direkt beteiligen. Konkret geht es um die Gasfelder in Süd-Pars. Die Türkei soll drei bestimmte Felder erschließen und das gewonnene Gas Iran auf einer Rückkaufbasis anbieten. Ein Sprecher des US-Außenministeriums sagte dazu laut Reuters: „Wir sind gegen jede Investition, die ein fremdes Land in Iran im Energiebereich tätigt.“

Demgegenüber bezeichnete ein Sprecher des Energieministeriums in Ankara das Projekt als „sehr wichtig zur Deckung des Energiebedarfs der Türkei und Europas“. Die Vereinbarung mit Iran beeinträchtigt nicht die Interessen irgendeines anderen Landes.

Gemäß der Vereinbarung werde Iran gestattet einen Teil seiner Gasproduktion durch das türkische Hoheitsgebiet nach Europa zu transportieren. Gleichzeitig wurde vereinbart, auch aus Turkmenistan Gas über Iran und die Türkei nach Europa zu exportieren.

Seit geraumer Zeit versuchen die USA, die Sanktionen gegen Iran zu verschärfen und andere Länder von Geschäften mit Teheran abzuhalten.

Manche politische Beobachter sind der Meinung, dass die seit langem geplante Pipeline zum Transport von iranischem Gas über Pakistan nach Indien bisher aufgrund des Drucks aus Washington nicht zustande gekommen sei.

Die Gasfelder von Süd-Pars, auf die sich das türkisch-iranische Projekt bezieht, gehören den beiden Staaten Iran und Katar. Hier lagern 14 Trillionen Kubikmeter Gas, das sind 8 Prozent der bekannten Gasreserven der Welt.

Irans Ölminister Kazem Vaziri Hamaneh bezeichnete die Vereinbarung mit der Türkei „als einen großen Schritt“, der nach langen Verhandlungen erzielt worden sei. Er äußerte die Hoffnung, dass

es bald zu einem Vertrag und der Realisierung des Projekts kommen werde.

USA setzen weitere iranische Firmen auf „schwarze Liste“

Wegen mutmaßlicher Verwicklung in illegale Waffen- und Nukleargeschäfte hat das US-Handelsministerium fünf iranische Konzerne auf seine „schwarze Liste“ gesetzt. Den betroffenen Unternehmen würden „illegale atomare Aktivitäten“ sowie Geschäfte auf dem Gebiet „illegaler Raketensysteme und unbemannter Luftfahrzeuge“ zur Last gelegt, teilte das Ministerium am 12. Juli mit. Durch Ächtung solle sichergestellt werden, dass die fünf iranischen Energie- und Industrieunternehmen keinen Zugang zur US-Technologie bekommen, die möglicherweise für die Herstellung von Massenvernichtungswaffen genutzt werden könnte.

„Iran stellt eine komplexe und drängende Herausforderung dar“, erklärte Vizeminister Marion Mancuso. „Die Erweiterung der Liste soll die Fähigkeit unserer Regierung stärken, dieser Herausforderung entgegenzutreten.“ Bei den betroffenen Unternehmen handelt es sich den Angaben zufolge um die Atomic Energy Organization of Iran, Mesbah Energy Company, Kala Electric Company, Shahid Hemmat Industrial Group und Shahid Bakeri Industrial Group. Seit der Islamischen Revolution unterliegt Iran einem weit gehenden Wirtschafts- und Handelsembargo der USA.

Staatsanwalt ermittelt wegen Nuklearlieferungen für Iran

Mehrere Dutzend Firmen vor allem aus dem alten Bundesgebiet haben nach Ermittlungen der Potsdamer Staatsanwaltschaft Hochtechnologie zum Bau des iranischen Atomreaktors in Bushhr geliefert. Die Ermittler hätten rund fünfzig Firmen im Visier, sagte Wirtschaftsstaatsanwalt Christoph Lange am 12. Juli in Potsdam. Auf die Spur des Schmuggels von Material für den Reaktorbau über die deutsch-polnische Grenze nach Moskau und von dort nach Iran kamen die Ermittler demnach bei Untersuchungen gegen die Berliner Firma Verov. Sie soll seit 2000 im Auftrag einer in Russland beheimateten Firma in Deutschland und anderen europäischen Ländern Technologie eingekauft haben, die letztendlich für den Iran bestimmt war.

Der Export des Materials nach Russland war nach Darstellung der Potsdamer Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität erlaubt, da es auch für andere Zwecke als den Bau einer Atomanlage hätte verwendet werden können. Strafrechtlich relevant wurde die Ausfuhr, weil die Teile für den Bau des iranischen Atomreaktors verwendet werden sollten. Lange sagte, es handele sich vor allem um ältere westeuropäische Technologie, über die nur wenige hoch spezialisierte Firmen noch verfügten. Als Beispiele nannte er elektronische und mechanische Bauteile, Spezialmaschinen, Spezialteile, hydraulische und Beschichtungstechnologie oder Röntgentechnik, die notwendig ist, um feine Haarrisse in Röhren zu erkennen.

Das Berliner Unternehmen spielte nach Angaben Langes einer Reihe von Firmen vor, die Teile seien für Russland bestimmt. Gut ein Dutzend Firmen haben allerdings gewusst, dass die Teile über Moskau nach Iran gehen sollten. Damit hätten die eigentlich strafrechtlich unbedenklichen Lieferungen eine strafrechtliche Relevanz erhalten. Von den fünfzig Firmen, mit denen Vero Kontakt hatte, sollen 20 tatsächlich geliefert haben.

Die Staatsanwaltschaft hat nach eigenen Angaben bislang nur Lieferungen über fünf Millionen Euro nachgewiesen. Das sei jedoch nur die Spitze des Eisbergs, sagte Lange. Die Ermittler rechnen mit einem Gesamtvolumen von bis zu 150 Millionen Euro.

Als einziges ostdeutsches Unternehmen soll eine Firma in Sachsen-Anhalt an den Geschäften beteiligt gewesen sein. Zollfahnder waren bei einer Routineüberprüfung von Exportlieferscheinen darauf gestoßen, dass das in der Nähe von Magdeburg beheimatete Ingenieurbüro 2001 und 2002 Teile für einen Spezialkran nach Russland geliefert hatte. Der Kran dient dazu, von der Decke der Kuppel des Leichtwasserreaktors in Buschehr Brennstäbe präzise in die Brennkammern abzusenken.

Das Atomkraftwerk Buschehr war in den 1970er Jahren von Siemens gebaut worden. Das russische Atomministerium erhielt später den Auftrag, den Bau des Reaktors, der im ersten Golfkrieg zerstört wurde, fortzusetzen, ist aber auf die seinerzeit von Siemens verwendete westeuropäische Technologie ange-

wiesen, über die es nicht selbst verfügt.

Iran stellt eigene Zentrifugen für Urananreicherung her

Iran ist einem hochrangigen Berater des Revolutionsführers Chamenei zufolge bei seinem Atomprogramm unabhängig von Importen und damit kaum anfällig für die UN-Sanktionen. Die für die Urananreicherung nötigen Zentrifugen würden in der Islamischen Republik selbst hergestellt, sagte Ali Akbar Velayati, die lange Jahre als Außenminister tätig war und seit einigen Jahren Chamenei in Auslandsangelegenheiten berät, am 10. Juli der Zeitung „Jomhuri-e Eslami“ zufolge. „Die iranische Nukleartechnik kann nicht beseitigt werden. Mögliche militärischen Angriffe können sie nicht zerstören.“

Iran hatte Beobachter damit überrascht, seit diesem Februar 2000 Zentrifugen installiert zu haben, die für die Anreicherung von Uran benötigt werden. Das so verarbeitete Uran kann sowohl für die Energieerzeugung als auch für den Bau von Nuklearwaffen verwendet werden.

Satellitenbilder zeigen Tunnelbau an iranischer Atomanlage

Iran baut einer am 10. Juli veröffentlichten Studie zufolge Tunnelanlagen bei seiner wichtigsten Atomanlage Natans. Dies könnte möglicherweise dazu dienen, wichtige Bestandteile für die Urananreicherung bei einem Luftangriff in Sicherheit zu bringen, schreiben die Experten des Institute for Science and International Security (ISIS). Sie bezogen sich dabei auf Satellitenbilder vom 11. Juni, auf denen der Bau von Straßen zu einem Berg zu sehen ist, der sich in der Nähe von Natans befindet. Die Tunneleingänge selbst sind auf dem Bild nicht zu erkennen, allerdings führe eine der Straßen offensichtlich in den Hang hinein. Die Bauarbeiten seien auf Satellitenbildern vom Januar noch nicht sichtbar gewesen.

Ähnliche Tunnel existieren bereits bei der Atomanlage in Isfahan, hieß es in der Studie weiter. In ihnen können etwa wichtige Geräte zur Anreicherung von Uran versteckt werden.

Wegen Benzinmangels: Produktion reiner Benzinautos wird eingestellt

Angesichts der Benzinknappheit in Iran sollen in dem ölreichen Land nur noch Autos gebaut werden, die auch mit Erdgas fahren können. „In zwei Wochen wird das Industrieministerium die Produktion von reinen Benzin-Fahrzeugen stoppen“, zitierte die Wirtschaftszeitung „Jaha-e Eghtesad“ am 8. Juli einen Sprecher. Innenminister Mohammad Resa Tahmasbi sagte der amtlichen Nachrichtenagentur IRNA, langfristig würden alle Autos in Iran umgestellt.

Iran hat zwar die zweitgrößten Reserven an Öl und Erdgas und ist der viertgrößte Erdölexporteur der Welt. Der Islamischen Republik fehlen jedoch Raffinerie-Kapazitäten, so dass sie 40 Prozent ihres Sprits einführen muss. Am 27. Juni hatte die Regierung trotz wütender Proteste der Bevölkerung Benzin rationiert. Unter anderem sollen damit die Folgen einer möglichen Verschärfung von UN-Sanktionen wegen des umstrittenen iranischen Atomprogramms vorgebeugt werden. Um den Konsum und die Importe zu drosseln, hatte die Regierung zudem im Mai den Literpreis auf umgerechnet acht Euro-Cent angehoben. Dennoch gehört der iranische Treibstoff zu den billigsten weltweit.

III. Außenpolitik
Kein Durchbruch beim Treffen von USA und Iran in Bagdad

Wie erwartet, ging die zweite direkte Gesprächsrunde zwischen Vertretern der USA und Irans über die Eindämmung der Gewalt im Irak ohne konkrete Fortschritte am 24. Juli zu Ende. US-Botschafter Ryan Crocker betonte nach dem Treffen in Bagdad, die USA hätten Beweise dafür, dass Iran Waffen an Extremisten im Irak liefere. Er beschuldigte die Islamische Republik, sie habe seit einem ersten Gespräch Ende Mai ihre Unterstützung für schiitische Milizen im Irak ausgebaut und damit die Lage verschlechtert. „Das ist eine Eskalation und keine Deeskalation“, sagte der Diplomat nach dem siebenstündigen Gespräch. Die vergangenen zwei Monate seien nicht sehr ermutigend gewesen. Er habe so deutlich wie möglich gemacht, dass Fortschritte in konkreten Ergebnissen und nicht in Prinzipien oder Versprechen gemessen werden müssten. Die Verhandlung mit seinem iranischen Kollegen bezeichnete Crocker als „schwierig“. Es habe mehrere „hitzige Wortwechsel“ gegeben.

Crocker wies bei dem Treffen nach eigenen Angaben auch iranische Versuche zurück, die Beratungen über das Thema Irak hinaus auszuweiten. Er sei diesem Versuch mit dem Hinweis auf die iranische Unterstützung der radikal-islamischen Hamas in den Palästinensergebieten begegnet – eine Anmerkung, die den iranischen Botschafter verärgert habe. „Ich würde dies (das Treffen) nicht als dergestalt beschreiben, dass wir uns die ganze Zeit angeschrien hätten“, sagte der Botschafter. „Aber wir (die USA) waren wirklich deutlich, was unsere Probleme mit ihrem (dem iranischen) Verhalten betrifft.“

Irans Botschafter habe gegen die Vorwürfe protestiert und die Vorlage von Beweisen verlangt, berichtete Crocker weiter. „Ich habe ihm gesagt, dass wir nicht hier sind, um vor Gericht irgendwas zu beweisen. Wir sind gekommen, um die Iraner wissen zu lassen, dass wir wissen, was sie tun, und dass sie damit aufhören müssen.“

Crocker und der iranische Botschafter Hassan Kasemi Ghomi erklärten jedoch, sie hätten sich auf die Einrichtung eines Sicherheitskomitees geeinigt, dem Iraner, Iraker und Amerikaner an-

gehören sollten. Dies werde auch Fragen der Sicherung der Grenzen zwischen Iran und dem Irak behandeln. Ghomi bezeichnete das Treffen nach Angaben des iranischen TV-Senders Al-Alam als „positiv“. Dem Bericht der Nachrichtenagentur ISNA zufolge erklärte Ghomi der iranischen Presse gegenüber, Iran sei bemüht, dem Irak bei der Herstellung der Sicherheit des Landes zu helfen, doch zurzeit sei der Irak „Opfer von Terror und Besatzung“. Er habe bei dem Treffen eindringlich die sofortige Freilassung der in US-Haft befindlichen iranischen Diplomaten gefordert. Positiv an dem Gespräch sei gewesen, dass die USA einige ihrer „Fehler eingesehen“ hätte. „Das ist ein Schritt nach vorn“, sagte Ghomi. Nun müsse Washington diese Fehler korrigieren. „Sollten die USA diese Fehler nicht korrigieren, wird für sie die Lage im Irak ohne Zweifel noch unerträglicher werden, was natürlich auch nicht ohne Wirkung auf die irakische Regierung und Bevölkerung bleiben wird.“

Die irakische Regierung hatte beide Seiten vor Beginn des Treffens ermahnt, aufeinander zuzugehen. Der irakische Ministerpräsident Nuri al-Maleki erklärte zur Eröffnung des Treffens zwischen den iranischen und amerikanischen Diplomaten in der so genannten Grünen Zone: „Dialog ist der beste Weg.“ Regierungssprecher Ali al-Dabbagh sagte: „Eine Verbesserung in den Beziehungen zwischen den USA und Iran würde den Irakern nützen.“

Ein erstes Treffen Ende Mai war ohne konkrete Ergebnisse zu Ende gegangen. Die USA werfen Iran vor, es schüre die Gewalt im Irak, indem es schiitische Milizen unterstütze. Teheran bestreitet dies. Das Treffen im Mai war der erste offizielle Kontakt zwischen den USA und Iran seit fast drei Jahrzehnten gewesen.

USA schicken dritten Flugzeugträger in die Golfregion

Die USA haben einen dritten Flugzeugträger in die Golfregion geschickt. Die atomar angetriebene „USS Enterprise“ sei bereits auf dem Weg in die Region, teilt die US-Marine am 10. Juli mit. Mit der „USS John C. Stennis“ und der „USS Nimitz“ demonstrieren die USA bereits seit Wochen militärische Stärke im Golf. „Die 'Enterprise' ersetzt kein anderes Schiff in der Region“, sagte ein Sprecher der US-Marine ohne

ein genaues Datum für die Ankunft des Flugzeugträgers zu nennen.

Damit schicken die USA das größte militärische US-Aufgebot seit dem Irakkrieg 2003 in die Region, in der vor allem das iranische Atomprogramm für Spannungen sorgt. Die Anwesenheit der „Enterprise“ verleihe der US-Marine die Stärke, dem „zwanghaften und störenden Verhalten einiger Länder“ entgegen zu treten und unterstütze die US-Soldaten im Irak und in Afghanistan, erklärte Vizeadmiral Kevin Cosgriff der Nachrichtenagentur AFP. Die beiden anderen Flugzeugträger waren Ende Mai in der Golfregion angekommen. Zusammen mit weiteren Kriegsschiffen bilden sie eine militärische Drohkulisse gegen Iran.

IAEA: Klärung im Plutonium-Streit

Wie die Internationale Atombehörde (IAEA) am 13. Juli nach zweitägigen Gesprächen mit Teheran in Wien mitteilte, wurden mit Iran Fortschritte bei der Klärung im Streit über frühere Plutonium-Experimente erzielt. Zugleich habe die Behörde für Ende Juli eine Inspektion des iranischen Schwerwasser-Reaktors vereinbart. Beide Seiten seien sich auch einig geworden, wie Anfang August mit Schutzmaßnahmen an der Urananreicherung in Natans umgegangen werden solle.

Die Verhandlungen fanden auf der Grundlage eines Aktionsplans statt, der im Juni zur Klärung der offenen Fragen zum Atomprogramm Irans festgelegt wurde. Die IAEA kündigte weitere Gespräche mit Iran in Wien an, um die Details der Pläne festzulegen. Über die Plutonium-Experimente soll demnach Anfang August in Iran noch einmal gesprochen werden. Die jüngsten Fortschritte seien bei Verhandlungen des stellvertretenden IAEA-Direktors Olli Heinonen in Teheran erreicht worden.

Bei einem weiteren Treffen am 24. Juli in Wien wurden die Vereinbarungen bestätigt. Demnach sollen in Arak die IAEA-Inspektoren überprüfen, ob sich Iran an den Bauplänen hält, die es der UN-Atombehörde übermittelt hat. Diplomaten zufolge würde ohne UN-Inspektionen das Risiko steigen, dass Iran den Reaktor zur Produktion hoch angereicherter Plutoniums für die Verwendung in Atomwaffen nutzt. Die nun vereinbarte Inspektion ist nach Angaben von Diplomaten allerdings nur ein

einmaliges Zugeständnis und bedeutet noch keine Wiederaufnahme der regelmäßigen Überprüfungen.

Bei einem Treffen am 20. August in Teheran sollten außerdem ungeklärte Fragen wie die früheren Plutonium-Experimente Irans diskutiert werden, sagte Heinonen nach seinem Treffen mit Irans Vize-Unterhändler Dschawad Waidi. Unklar ist auch der Stand der iranischen Fortschritte bei der Uran-Anreicherung. Zwei Wochen zuvor hatte die IAEA erklärt, Iran arbeite derzeit nur mit gedrosseltem Tempo an seinem Atomprogramm. Nicht eindeutig festzustellen sei aber, ob dies eine politische Entscheidung des Landes oder technisch bedingt sei.

Demgegenüber erklärte Irans Präsident Ahmadinedschad, sein Land werde an der Urananreicherung festhalten. Der Prozess zum Aufbau der notwendigen Zentrifugen verlaufe manchmal langsam, manchmal schneller, sagte er nach einem Bericht der Nachrichtenagentur IR-NA. Niemand könne jedoch erwarten, dass Iran seine Rechte aufgebe und die Urananreicherung stoppe. Alle atomaren Aktivitäten fänden im Rahmen der internationalen Richtlinien statt.

Die US-Regierung hat indes skeptisch auf die Einigung reagiert. Ein Sprecher des US-Außenministeriums sagte, es gebe offenbar eine Einigung, über einen Besuch zur Inspektion des Reaktors zu diskutieren, so wie es eine Einigung gebe, darüber zu diskutieren, was Iran tun müsse, um auf alle Fragen der IAEA zu antworten, die seit Jahren offen seien. Die US-Regierung werde abwarten und sehen, was tatsächlich geschehen werde und nicht, was die iranische Seite sage.

Neue Sanktionen gegen Iran nicht vor September

Einer Meldung der Agentur Reuters zufolge haben westliche Staaten nach Angaben von Diplomaten stillschweigend ihre Bemühungen heruntergefahren, die Sanktionen gegen Iran wegen dessen Atom-Aktivitäten zu verschärfen. Vor September werde in der Sache wohl nichts passiere, zitiert Reuters Diplomaten in Brüssel. Die Gründe dafür seien vielfältig. So sei der UN-Sicherheitsrat beschäftigt mit den Themen Kosovo und Darfur und in den USA gewinne die Debatte um den Militäreinsatz im Irak an Schärfe. Zudem

sei Russland gegen weitere Iran-Sanktionen und die diplomatischen Aktivitäten seien während der Sommerferien eher schwach.

Ahmadinedschad in Damaskus

Irans Staatspräsident Ahmadinedschad traf, begleitet von einer hochrangigen Delegation, am 19. Juli in Damaskus ein. Anlass der Reise war nach Angaben der Regierung in Teheran die Wiederwahl des syrischen Staatspräsidenten Baschar el Assad. „Wir sind bestrebt, unsere Zusammenarbeit mit Syrien in verschiedenen Bereichen auszuweiten“, sagte Ahmadinedschad vor seinem Abflug nach Damaskus. Die Beziehungen zwischen Iran und Syrien hätten großen Einfluss auf regionale und internationale Vorgänge. „Wir werden unsere Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Investitionen in der Autoindustrie und Stromwirtschaft intensivieren.“

Vor der Presse in Damaskus meinte Ahmadinedschad, die Beziehung zwischen Syrien und Iran sei im Interesse der Völker in der Region. Beiden Ländern bildeten eine gemeinsame Front gegen „unsere Feinde, die sich an der Schwelle des Untergangs befinden“. Er forderte, die Regierungen im Nahen und Mittleren Osten sollten sich in den Dienst ihrer Völker stellen. Er lobte die Beziehungen zwischen Teheran und Damaskus, die er als „sehr freundschaftlich, intensiv und dauerhaft“ bezeichnete.

Auf die Frage eines Journalisten, ob er in Anbetracht die Vorgänge in der Region einen heißen Sommer erwarte, sagte Ahmadinedschad, er hoffe, es werde einen „heißen Sieg“ für die Völker der Region geben, denn die „Feinde der Region“ seien dem Untergang nah. Diese sollten sich vor weiteren Intrigen hüten, sonst würden sie „im Feuer des Zorns der Völker verbrennen“.

Ahmadinedschad erklärte, Syrien und Iran seien sich in ihrer Einschätzung der Lage der Region völlig einig. Sie „vertreten das Recht der Völker, verteidigen den Frieden und die Sicherheit und treten für soziale Gerechtigkeit ein“. Er betrachte die Unterstützung des palästinensischen Widerstands als eine Pflicht der Islamische Republik Iran und fordere das palästinensische Volk auf, seine Einheit zu wahren und Geduld aufzubringen. Die Lage

in Palästina sei äußerst brisant, meinte Ahmadinedschad und fügte hinzu: „Große Siege sind nur zu erringen, wenn man große Schwierigkeiten überwindet.“ Das „zionistische Besatzungsregime“ habe in den letzten Jahren schwere Niederlagen hinnehmen müssen, es habe seine Legitimation verloren. Deshalb versuche es nun, die Niederlagen wettzumachen. Die letzten Ereignisse (der Bürgerkrieg in Palästina) gehen auf die Rechnung der „Zionisten“. „Sie wollen keine Zeit verlieren, wollen in Eile das Palästina-Problem vermeintlich lösen, um danach ihre Verschwörungen in der Region fortsetzen zu können“.

Ähnlich äußerte sich auch Assad. Die Beziehung der beiden Staaten diene den Interessen ihrer Völker. Über sein Gespräch mit Ahmadinedschad sagte Assad, er sei sich mit dem iranischen Staatspräsidenten darin einig, dass „große Verschwörungen“ gegen die Völker der Region im Gange seien. Er habe mit seinem iranischen Kollegen über den Irak, die jüngsten Ereignisse in Palästina und über den Libanon gesprochen und darüber, wie beide Staaten zur Lösung der Konflikte in diesen Staaten beitragen könnten.

In dem Schlusskommunique wird die Fortsetzung der Besetzung der palästinensischen Gebiete verurteilt. Darin wird auch betont, dass Iran die berechnete Forderung Syriens nach den seit 1967 besetzten Golanhöhen uneingeschränkt unterstütze. Beide Staatsmänner fordern die „Führer der islamischen Welt“ dazu auf, den „Intrigen und Verschwörungen“, die „gegen die Gesamtheit der islamischen Gemeinde“ im Gange seien, entgegenzutreten und gegen die „Gefahren, die die islamische Welt bedrohen“ Widerstand zu leisten.

Beiden Staaten betonen das „international verbrieftete Recht der Islamischen Republik Iran auf friedliche Nutzung der Atomenergie“ und erklären, dass sie jede Benachteiligung der Entwicklungsländer bei der Herstellung und der Aneignung des nuklearen Brennstoffs verurteilen. Sie begrüßen die Verhandlungen Irans mit der Internationalen Atombehörde und den Versuch, den Konflikt auf diplomatischem Weg zu lösen.

Beide Staaten zeigen sich überzeugt von der Notwendigkeit, die Region zu einer von Atomwaffen freien Zone zu

machen. Sie machen die Welt auf die Gefahren, die „die Nuklearwaffen in der Hand des zionistischen Besatzungsregimes“ bedeuten, aufmerksam und fordern die dafür zuständigen internationalen Institutionen auf, unverzüglich dagegen vorzugehen.

Einer Meldung der AFP vom 20. Juli zufolge hat Israel Syrien wegen Kontakten zu Iran und dessen Präsidenten Ahmadinedschad kritisiert. Die „strategische Allianz“ der syrischen Führung mit dem Iran stelle deren erklärte Bereitschaft zu Friedensverhandlungen in Frage, sagte der israelische Außenamtssprecher Mark Regev zu AFP. „Man kann nicht der Freund desjenigen sein, der für die radikalste Ablehnung des Friedens steht, und gleichzeitig von der internationalen Gemeinschaft als Land mit Friedensbestrebungen angesehen werden“, fügte Regev hinzu. Ahmadinedschad war während seines Besuchs in Damaskus unter anderem auch mit dem Chef der libanesischen Hisbollah, Hassan Nasrallah, und dem Chefideologen der palästinensischen Hamas, Chalid Maschal, zusammengetroffen.

Der israelische Innenminister Meir Sheetrit sagte, der Besuch des iranischen Präsidenten in Damaskus „schwächt Syriens Position als Friedenspartner“. Assad hatte die Vermittlung eines „Dritten“ verlangt, bevor Verhandlungen mit Israel wieder in Gang kommen könnten. Die israelische Regierung will dagegen direkt mit Damaskus verhandeln.

Bei den im Jahr 2000 ausgesetzten Verhandlungen zwischen Syrien und Israel geht es um die von Israel im Sechstage-Krieg 1967 eroberten Golanhöhen, die das Land 1981 annektierte. Syrien fordert die vollständige Rückgabe, Israel war 2000 zu einem Teilabzug bereit, möchte jedoch den See von Genezareth als wichtiges Wasserreservoir behalten.

US-Senat wirft Iran Mitschuld am Tod von US-Soldaten im Irak vor

Der US-Senat hat Iran am 12. Juli in einem einstimmigen Beschluss die Mitwirkung an tödlichen Angriffen auf US-Soldaten im Irak vorgeworfen. „Was wir in Washington auch immer für politische Meinungsverschiedenheiten haben mögen – dies ist eine Warnung an die Iraner, indem wir ihnen sagen, dass wir diese skandalösen Angriffe verur-

teilen", sagte Senator Joe Lieberman, der den Beschluss vorbereitet hatte. „Wir wissen, was sie im Irak machen, und dass sie damit aufhören müssen.“

Das US-Oberkommando im Irak wirft Iran vor, die Aufständischen im Irak finanziell zu unterstützen und mit Waffen zu beliefern. Auch soll eine Sondereinheit der islamischen Revolutionärschwärmer Angriffe auf US-Soldaten im Irak koordinieren. Die Vorwürfe aus Washington wurden von der Regierung in Teheran wiederholt als „lächerlich“ bezeichnet.

Ahmadinedschad schenkt der irakischen Regierung ein Flugzeug

Ein dem Irak gespendetes Flugzeug ist am 20. Juli in Bagdad gelandet. Regierungssprecher al Dabbagh dankte der Regierung in Teheran für das Geschenk und sagte, Bagdad hoffe, die Geste werde dem Ausbau der bisherigen Beziehung zwischen den beiden Nachbarländern dienen. Fernsehberichten zufolge handelt es sich um einen Airbus A300. Er soll von Ministerpräsident Nur al-Maleki und anderen Regierungsmitgliedern genutzt werden. Die Maschine wurde dem Irak bereits vor vier Monaten versprochen. Technische Gründe hätten zu Verzögerung geführt, sagte al Dabbagh.

Neuer britischer Außenminister warnt Iran vor atomarer Rüstung

Der neue britische Außenminister David Miliband hat Iran davor gewarnt, Atomwaffen zu entwickeln. Teheran habe „nicht das Recht, einen nuklearen Rüstungswettlauf im Nahen Osten in Gang zu setzen“, sagte Miliband der „Financial Times“ am 9. Juli in seinem ersten Interview als Außenminister.

Teheran habe auch nicht das Recht, die Stabilität seiner Nachbarn zu unterminieren, sagte Miliband. London werde notfalls mit seinen Partnern auf eine dritte UN-Resolution gegen Iran hinarbeiten, mit der die Sanktionen gegen das Land verschärft werden. Die Äußerungen wurden von der „Financial Times“ als Zeichen dafür gewertet, dass die Regierung unter dem neuen Premierminister Gordon Brown „ihre Politik gegenüber Iran nicht abschwächen wird“.

Miliband habe sich in dem Gespräch mehrfach geweigert, die Äußerungen des früheren Außenministers Jack Straw zu akzeptieren, wonach eine militärische Aktion gegen Iran „unvorstellbar“ wäre. Miliband sagte, die internationale Gemeinschaft wünsche sich eine nicht-militärische Lösung. „Ich glaube, es bringt nichts, darüber hinausgehende Spekulationen anzustellen.“

Der Minister verwies darauf, dass Iran das Recht habe, Kernenergie zu zivilen Zwecken zu nutzen. Der Westen habe „sehr klare Angebote“ gemacht, die es Teheran ermöglichen würden, für diese Zwecke die Atomenergie zu erzeugen, die es brauche.

Ähnlich äußerte sich Premierminister Brown. Er rechne damit, dass die gegen Iran verhängten Sanktionen funktionieren werden, schließe aber nicht von vornherein bestimmte Aktionen aus, antwortete er am 23. Juli auf entsprechende Fragen von Journalisten. Wahrscheinlich werde es bald eine dritte Resolution des UN-Sicherheitsrats mit weiteren Strafmaßnahmen gegen Teheran wegen dessen Fortsetzung der Uran-Anreicherung, fügte Brown hinzu.

Irakische Al-Kaida-Gruppe droht Iranern „brutalen Krieg“ an

Der iranische Al-Kaida-Ableger hat mit Anschlägen auf Iraner gedroht, wenn die Islamische Republik weiterhin die Regierung in Bagdad unterstützen würde. „Wir geben den Persern allgemein und den Führern der Islamischen Republik im Besonderen zwei Monate, um ihre Hilfe und Präsenz im Irak zu beenden“, sagte der Chef des „Islamischen Staates im Irak“, Abu Omar al-Baghdadi, in einer am 9. Juli im Internet veröffentlichten Tonaufnahme. Sonst werde die Organisation einen brutalen Krieg gegen die Iraner führen. Die Drohung richte sich auch gegen Banken und Finanzinstitutionen im Irak, die mit dem Nachbarland Geschäfte tätigten.

Grund für das Ultimatum sei die Unterstützung des überwiegend schiitischen Irans für die Anhänger dieser islamischen Glaubensrichtung im Irak, erklärte Baghdadi. Seinen Worten zufolge ist die Führung in Teheran für Morde an Sunniten und Brandanschläge auf ihre Moscheen verantwortlich.

Der „Islamische Staat im Irak“ hat sich bereits zu mehreren Tötungen irakischer Polizisten und zu Selbstmordanschlägen auf Einrichtungen des irakischen und des US-Militärs bekannt. Die Audioaufnahme erschien auf einer Internetseite, die häufig von Al-Kaida genutzt wird.

US-Angaben sollen sie Aufständische, die gegen die US-Streitkräfte im Irak kämpfen, mit Geld und Technik unterstützt haben. Beweise dafür wurden bislang nicht vorgelegt.

USA lassen Vertreter Teherans zu iranischen Gefangenen im Irak

Ein halbes Jahr nach der Festnahme von fünf iranischen Diplomaten im Irak haben die USA erstmals Vertreter Irans zu den Gefangenen gelassen. Drei Diplomaten, unter ihnen Irans Botschafter in Bagdad, konnten die Häftlinge nach Vermittlung des irakischen Außenministeriums besuchen, wie dieses bekanntgab. Nach Angaben des Außenamts in Teheran konnte die Delegation fünf Stunden lang in Bagdad mit den Männern sprechen.

Die US-Armee wirft diesen Männern vor, iranischen Revolutionsgarden anzugehören und schiitische Milizen im Irak unterstützt zu haben. Bei dem Treffen am 8. Juli hätten sie erneut die gegen sie erhobenen Vorwürfe bestritten und gefordert, sofort freigelassen zu werden, erklärte der Sprecher des iranischen Außenministeriums Mohammad Ali Hosseini.

Hosseini beschuldigte die US-Behörden, die Inhaftierten unter „psychologischen Druck“ gesetzt zu haben, indem ihnen vorgegaukelt worden sei, sie würden bald frei gelassen. Er wies erneut Beschuldigungen durch die US-Regierung zurück, Iran schüre den Konflikt im Irak. Damit wolle Washington nur von seinem eigenen Versagen im Irak ablenken. Hosseini betonte, der Besuch der Inhaftierten habe keinen Einfluss auf das geplante Treffen zwischen Vertretern Irans und der USA auf Botschafterebene.

Der irakische Außenminister Hoschiar Sibari nannte den Gefangenenbesuch eine „humanitäre Geste“. Diese könne dazu dienen, „die Spannungen zwischen der amerikanischen und iranischen Regierung abzubauen und einen umfassenden Dialog zwischen beiden Ländern einzuleiten“.

Das US-Militär hatte am 11. Januar das iranische Verbindungsbüro in Erbil im kurdischen Norden des Iraks gestürmt und die fünf Iraner festgenommen. Nach